

DARMSTADT Links

DIE LINKE.
DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

TEL: 0 61 51/66 90 310 FAX: 0 61 51/66 90 533

INHALT

SEITE 2

Armutsrisiko
Hartz IV
Südbahnhof

SEITE 3

Radfahrer Lust und Leid
Darmstadt verkehrt
Weh der Lüge
Arheilger Mühlchen

SEITE 4

Nord Ost-Legenden
Fortsetzung Seite 3

LINKS GEDACHT

KEIN ECHO

Einige kluge Köpfe definieren die Funktion von Journalismus folgendermaßen: „Durch den Dschungel der irdischen Verhältnisse eine Schneise der Information zu schlagen - und den Inhabern der Macht auf die Finger zu sehen.“

Legt man diesen Maßstab auf unsere hiesige Regionalpresse, allen voran dem unvermeidlichen „Darmstädter Echo“ an, tritt eher Ernüchterung ein. Wer die Berichterstattung über Stadtverordnetenversammlungen und parlamentarischen Initiativen in den vergangenen Monaten genau verfolgt, stellt folgendes fest: Gerade die Aktivitäten der „kleinen“ Oppositionsparteien (immerhin 18 Prozent der gültigen Stimmen!) fristen eher ein Schattendasein oder werden komplett ausgeblendet. Unsere Stadtverordnetenfraktion Die LINKE Darmstadt ist sicherlich mit ihrem Wahlergebnis von 2,1 Prozent nicht der Nabel der Welt, aber es mutet schon seltsam an wenn just ab dem Zeitpunkt der Landtagswahlen keinerlei Berichterstattung mehr erfolgt. Unsere Positionen zum Verkauf der städtischen Aktienpakete, zum Defizit des darmstadtiums, zum Schulmittelbeihilfefonds, zur Preisgestaltung des Freibades Großer Woog oder zur geplanten ICE-Trasse werden unterschlagen, finden kein Echo im „Echo“.

„Journalismus trägt zur öffentlichen Meinungsbildung bei“, so die offizielle Definition. Ein Journalismus, der unliebsame Positionen ausblendet betreibt aber keine Meinungsbildung, sondern er versucht Meinung zu beeinflussen.

DIE LINKE.

Heag Süd Hessische Energie (HSE) 52% Stadt

Walter Hoffmann
Lothar Petry



SPD
Rafael Reißer



CDU FDP

Heag Mobilo GmbH Beteiligung 74 %

Dieter Wenzel
Walther Schmidt
Sandra Russo
Klaus Feuchtinger
Dierk Molter
Ludwig Achenbach
Beate Kölsch



SPD SPD SPD Grüne FDP CDU CDU

Bauverein AG - Beteiligung 5% Stad

Sabine Seidler
Rita Beller
Katrin Kosub
Hildegard Förster



SPD SPD SPD Grüne

Iris Behr
Klaus v. Prümmer
Wolfgang Gehrke
Citrad Kotocek



Grün CDU CDU CDU

Wem gehört die Stadt

HEAG Holding AG - Beteiligung 94%

Hanno Benz
Wolfgang Glenz
Michael Siebel
Dagmar Metzger
Brigitte Lindscheid
Jochen Partsch
Ralf Amemann
Andre Schellenberg
Wilhelm Kins
Hans Schreiner



SPD SPD SPD SPD Grüne Grüne FDP CDU CDU eh.UWIGA

Darmstädter Filz

VON RAINER KEIL / DKP

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Darmstadt

Vermutlich werden viele Leserinnen und Leser über die einleitende Frage dieses Artikels schmunzeln. Ist doch klar wem die Stadt gehört! Natürlich den Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihren Steuergeldern das Gemeinwesen Stadt finanzieren und von daher „Eigentümer“ im besten Sinne sind. Alle 5 Jahre wählen die Darmstädterinnen und Darmstädter ihre Vertreter und gehen davon aus das ihr Eigentum ordentlich verwaltet und sinnvoll verwendet wird.

Dieses schöne Bild hält aber der Realität schon lange nicht mehr stand.

Enteignet und bestohlen

Wieder einmal erst aus der lokalen Presse hat unsere Stadtverordnetenfraktion von den so genannten „Umschichtungen“ innerhalb des Stadtkonzerns erfahren. Durch den Verkauf der EAG und der HEAG Medianet an die HSE sollen 40 Millionen Euro in die Stadtkasse gespült werden. Zusammen mit dem Verkauf

der städtischen Anteile am bauverein sogar 60 Millionen. Die Stadt würde ihren unmittelbaren und mittelbaren Einfluss auf diese Bereiche behalten, so die „Finanztrickser“ der Ampelkoalition. Ob die angekündigten Millionen in voller Höhe wirklich im Stadtsäckel landen, wird der in Aussicht gestellte Nachtragshaushalt zeigen. Zweifel sind angebracht.

Der vorgenommene „Finanztrick“ ist eine Verschleuderung von städtischem Eigentum. Es wird Großkonzernen wie e.on zum Fraß vorgeworfen. Der Erlös wird bestenfalls einige Haushaltslöcher stopfen - den Einfluss der Stadtverordnetenversammlung auf zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge aber weiter verringern. Sie wird zum „Abnick-Gremium“ degradiert. Die ursprünglichen Eigentümer der städtischen Gesellschaften - die Darmstädter Bürgerinnen und Bürger - aber werden weiter enteignet und bestohlen.

Wer ist aber „die Stadt“ in diesem Kontext? Definitiv nicht gemeint ist die gewählte Vertre-

tung der Darmstädter Bürgerinnen und Bürger - die Stadtverordnetenversammlung. Sie wird wie so oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Kaufvertrag für die „Umschichtungen“ wurde schon am 27.12.2007 abgeschlossen - mit Transparenz hat das alles nichts zu tun. Dies gilt auch für die in diesem Zusammenhang diskutierten Pläne die 100-prozentige, e.on-Tochter Thüga aus der HSE heraus zu lösen. Auch hier haben Stadtverordnete nichts mitzureden. Eine große Anfrage unserer Fraktion wurde mit den üblichen Standardsätzen beantwortet. Sie sei nicht mit dem in der hessischen Gemeindeordnung verankerten Fragerecht vereinbar und betreffe nicht Angelegenheiten der Verwaltung.

Politische Elite

Hier wird mehr als deutlich was unter Einfluss „der Stadt“ verstanden wird. Einfluss hat über Pöstchen in Vorständen und Aufsichtsräten eine politische Elite, die losgelöst von

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung Seite 1

den Bürgerinnen und Bürgern ihre genen Pfründe absichert. Beteiligt sind alle bürgerlichen Parteien in Darmstadt allen voran, die „Volksparteien“ SPD und CDU.

Städtische Mitglieder

Städtische Mitglieder in den Aufsichtsräten werden vom Magistrat nach Proporz gewählt und der jeweiligen Haupt- oder Gesellschafterversammlung vorgeschlagen. Sie sind weder dem Magistrat noch der Stadtverordnetenversammlung rechenschaftspflichtig. Eine wirkliche demokratische Kontrolle ist hier nicht mehr möglich. Mit dem Argument „Betriebsgeheimnis“ wird eine transparente, offene Diskussion im Vorfeld wichtiger Entscheidungen, wie im Falle der „Umschichtun-

gen“ im Stadtkonzern, unmöglich gemacht. Trauriges Beispiel: Im Jahr 2003 stellte sich heraus, dass die HEAG 1998 ihre Straßenbahnen mittels Cross-Border-Leasing verkauft hat. Die HEAG teilte uns damals mit, dass die Aufsichtsräte ausführlich über die Transaktion informiert wurden. Die im Schreiben aufgeführten städtischen Vertreter in den Aufsichtsräten lesen sich wie das Who is Who der städtischen Politik. Neben OB Benz waren u.a. noch der damalige Bürgermeister Knechtel, Stadtverordnetenvorsteher Weidmann, CDU-Fraktionschef Gehrke und der ehemalige Stadtbaurat Braun vertreten. Auch der Griesheimer Bürgermeister Leber war im erlauchten Kreis vertreten.

In Mai diesen Jahres wurden nun die Vertreterinnen und Vertreter im

Magistrat neu gewählt.

Bitte beachten Sie unser Schaubild auf Seite 1

Darmstädter Filz lebt

Auch in den Vorständen von HEAG AG, HSE oder Bauverein finden sich alte Bekannte wieder. Der ehemalige SPD-Stadtverordnete Markus Hoschek bei der HEAG AG, der ehemalige grüne Stadtrat Braun bei der bauverein AG oder die ehemalige grüne Stadträtin Wagner ebenfalls bei der bauverein AG. Die graue Eminenz der Stadtwirtschaft, Horst Blechschmidt, mittlerweile im Ruhestand, wurde als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Bessungen bestätigt und ist Mitglied im SPD-Unterbezirk. Kontinuität bleibt also gewahrt - der Darmstädter Filz lebt, wächst und gedeiht.



Armutsrisko

Kinderarmut fördern mit Hartz IV

VERENA HOPPE / GALIDA Fraktionsmitarbeiterin DIE LINKE Darmstadt

Kinder haben und sie groß zu ziehen wird für Eltern immer mehr zum Armutsrisko. Damit steigt auch die Zahl der Kinder, die unter uns in Darmstadt in Armut leben. Und damit nimmt auch die Zahl der von Hartz IV lebenden Kinder stark zu.

Trotz der guten Konjunktur ist seit dem Start der Hartz IV-Reform die offizielle Zahl der jugendlichen Empfänger von Sozialtransferleistungen seit 2005 um gut 25 Prozent auf fast zwei Millionen Jungen und Mädchen gestiegen. Experten gehen davon aus, dass auf zwei Kinder, die als Hartz IV-Empfänger registriert sind, noch ein Kind aus einer Familie kommt, die trotz Berechtigung keinen Antrag gestellt hat.

Die Zahl von „fast zwei Millionen“ bezieht sich nur auf Kinder unter 15 Jahren. Die Kinder von 15 bis 17 Jahren müssen noch dazugerechnet werden. Dies dürften noch einmal 400.000 Kinder im Hartz IV-Bezug sein, plus 200.000 Kinder, für die kein Antrag gestellt wurde.

In ärmlichen Verhältnissen leben auch Kinder, deren Familien knapp über dem Hartz IV-Niveau leben, z.B. die 125.000 Kinder, die Hartz IV durch den Kinderzuschlag knapp entronnen sind.

So gesehen kommen wir in

Deutschland auf über 3,6 Millionen Kinder unter 18 Jahren, die in Armutverhältnissen leben - d.h. jedes vierte minderjährige Kind lebt in Armut! Diese staatlich sanktionierte Not dient dazu, den Druck auf die Eltern zu erhöhen, für Hungerlöhne zu arbeiten. Damit können die Unternehmen höhere Profite einfahren.

Hartz IV-Regelsatz

Der Hartz IV-Regelsatz von Kindern unter 14 beträgt 208 Euro, der von 14- bis 17-Jährigen 278 Euro. In diesem Regelsatz sind exakt 0,19 Euro für Schulbildung im Allgemeinen, bzw. Schulmaterial im Besonderen vorgesehen.

Der Bund - also die Parteien SPD, CDU, Grüne und FDP - hatte mit der Einführung von Hartz IV die Erstattung von Lernmaterialien und Einschulungskosten gestrichen. In einer viel zu kleinen Anzahl von Kreisen, Städten und Gemeinden sind nun als Ausgleich sogenannte Schulmittelbeihilfefonds erkämpft worden. Auch in Darmstadt gibt es per Magistratsbeschluss vom 23.01.2008 einen solchen kommunalen Schulmittelbeihilfefonds für die Kinder von Hartz IV- und Sozialhilfe-Empfängern zwischen 6 und 15 Jahren. Sozialdezernent Partsch (Grüne) ließ unlängst auf einer Pressekonferenz verlauten,

dass auch über 15-Jährige einen Antrag stellen sollten. Er wolle entsprechende Anträge „unbürokratisch“ positiv bescheiden lassen.

Mittels 80 Euro für die Einschulung und einen jährlichen Zuschuss von 50 Euro soll künftig gewährleistet werden, dass „Bildungschancen von Kindern ... nicht vom Einkommen der Eltern abhängig“ sind.

Die circa 2.200 Kinder in Darmstadt, bzw. ihre Familien, die in den Genuss dieser „freiwilligen Leistung“ der Stadt kommen können, werden aber nicht einfach durch einen Brief der ARGE informiert. Vielmehr obliegt es den jeweiligen Eltern sich kundig zu machen, oder auf einen ARGE-/Sozialamt-Sachbearbeiter zu stoßen, der sie über diesen Schulmittelfonds informiert.

Deshalb hat die GALIDA (Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt) einen Antrag entwickelt, den die betroffenen Familien bei der ARGE einreichen können.

Die Anfragen und Antworten

sind unter www.linksfraktion-darmstadt.de oder in unserem Fraktionsbüro (Linkstreff Georg Fröba, Landgraf-Philipps-Anlage 32) zu erhalten (Bürozeiten sind Montags von 13 bis 19 Uhr oder Mittwochs von 17 bis 19 Uhr)



Hartz IV

Erfreuliche Antworten

FRANK GERFELDER / DIE LINKE Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Mit zwei Anfragen unserer Fraktion haben wir den zuständigen Sozialdezernenten, Jochen Partsch (Grüne) gefragt, wie die sogenannten „Hartz-Reformen“ vor Ort umgesetzt werden.

Erstens ging es um das Gebären des selbsternannten Gebrauchtmöbelhauses Secundo. Hierzu antwortete Sozialdezernent Partsch,

dass das so genannte „Gutschein-System“, das Sozialtransferempfänger dazu nötigt, von der ARGE Darmstadt gewährte Erstaussstattungen bei Secundo zu beziehen, doch „nicht verpflichtend vorgeschrieben“ ist. Herr Partsch weist eigens darauf hin, dass solche „Erstaussstattungsleistungen als Sachleistung ... oder Geldleistung erbracht werden

können“. Damit eröffnet der Sozialdezernent den Betroffenen die Möglichkeit, den ihnen rechtmäßig zustehenden Bedarf nicht zwangsweise über Secundo beziehen zu müssen, sondern auch über reelle Möbelhäuser abdecken zu können.

Betroffene sind damit den häufig auftretenden Lieferengpässen und den damit verbundenen langen War-

tezeiten und dem, zumindest in weiten Bereichen, fragwürdigen und überbewerteten Sortiment des Gebrauchtmöbelhauses Secundo nicht mehr völlig ausgeliefert.

Mietkautionen für Hartz IV

Zweitens fragten wir nach dem Umgang mit Mietkautionen für Hartz IV- und Sozialhilfe-Empfänger. Hierzu war uns bekannt, dass die ARGE Darmstadt eine Mietkaution den Hartz IV- und Sozialhilfe-Empfängern zwar gewährt, sie dann jedoch widerrechtlich von der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ der Betroffenen wieder abzieht. Herr Partsch erklärt in seiner Antwort ausdrücklich, dass die ARGE seit Anfang 2007 die einschlägige Rechtsprechung der Sozialgerichte umsetzt und den

Sozialtransferempfängern seither nicht mehr rechtmäßige Leistungen vorenthält. Auch sogenannte „Altfälle“, aus den Jahren 2005 und 2006, können laut dem Sozialdezernenten über ihren zu-

ständigen Sachbearbeiter bei der ARGE solche „Einbehaltungen“ der Mietkaution jederzeit rückgängig machen.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung, Rainer Keil, zeigt sich erfreut über diese Antworten:

„Ich gehe davon aus, dass die Praxis der ARGE Darmstadt tatsächlich den Aussagen des Sozialdezernenten auf unsere Anfragen folgt. Für die Betroffenen ist dies positiv zu bewerten und es stellt, zumindest in einem kleinen Bereich, Rechtssicherheit in der Verwaltungspraxis her.“

Die Anfragen und Antworten

sind unter www.linksfraktion-darmstadt.de oder in unserem Fraktionsbüro (Linkstreff Georg Fröba, Landgraf-Philipps-Anlage 32) zu erhalten (Bürozeiten sind Montags von 13 bis 19 Uhr oder Mittwochs von 17 bis 19 Uhr).



Südbahnhof

Das Gesicht der Privatisierung

EDMUND SCHENK / DIE LINKE Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE DA.



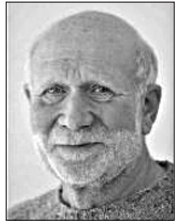
Der Südbahnhof, ein denkmalgeschütztes Kleinod in Betonwerkstein am Haardttring. Nun im Stadium permanenten Zerfalls. Das runde Fenster, eines seiner Augen: zerbrochen. Der Bahnsteigzugang: vollgespritzt, Pissegeruch, ein Jammer. Es wohnt auch keiner mehr in den ehemals bis zu fünf Wohnungen.

Die Deutsche Bahn hat nicht lange nach Interessenten gesucht, die es sicher gibt. Sie hat den schnellen Euro gesucht, weil das die Bilanz schön vor dem Börsengang. Sie hat 490 Bahnhöfe en bloque verkauft an die Firma Patron S.A.R.L., ansässig in Luxemburg (Lëtzebuerg), in der rue Adolphe Nr. 6. Der Kürzel heißt wörtlich übersetzt „Anonyme Gesellschaft mit begrenzter Verantwortlichkeit“ und das dürfte ernst gemeint sein. Zumindest einen Briefkasten dürfte sie in der Adolfstraße hängen haben. Sie lässt sich vertreten von

der RGM Gebäudemanagement GmbH in Dortmund. Herr Barkhausen aus deren Zweigstelle in Dreieich fühlt sich zwar zuständig, er will aber die „Datenlage“ erkunden und dann das Objekt „nachfragegerecht verwerten“. Außerdem seien noch nicht mal die Pläne übergeben.

Der Bahnsteigzugang gehört jedoch noch der Bahn. Jeden Tag benutzen Hunderte Fahrgäste den Haltepunkt. Alle Möglichkeiten sind ausgeschöpft, ein Fahrrad anzuschließen: die wenigen Fahrradständer, Maste und Geländer.

Wegen des Zustandes haben wir dem Magistrat eine kleine Anfrage gestellt. Ein Teil des Geldes für die viel zu große Bahngalerie am Hauptbahnhof hätte auch eine Fußgängerbrücke zur Heimstättensiedlung ermöglicht. Aber hier steigen ja nur „normale“ Bürger ein und aus.



Radfahrers Lust und Leid

Umweltschutz drückt auf das Gewissen

NORBERT SCHNEIDER

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt



Gute Gründe machen das Fahrrad attraktiv: Jeder Autofahrer weiß, dass seine Karosse im Stadtverkehr zum Schluckspecht wird. Und der Gesundheit kommt es auch zugute. Darum steigen immer mehr Menschen gerade innerhalb der Stadt aufs Rad um.

Der Umweltschutz drückt auf das Gewissen und die hohen Kraftstoffpreise auf die Geldbörse. So ist es kein Wunder, dass die geordneten Radabstellflächen in Darmstadt oft völlig unzureichend sind. Besonders am Weißen Turm, vor dem Luisencenter oder in dessen näherer Umgebung gibt es erhebliche Abstellprobleme.

Oft stehen viele Fahrräder wegen Überbelegung der Abstellplätze irgendwo in der Stadtlandschaft. Die wird ohnehin zunehmend zur Slalomstrecke durch Ladeverkehr und Straßencafés. Das ärgert auch die Fußgänger, die Fahrräder können nicht ordentlich gesichert werden oder fallen um und werden beschädigt. Sollte Radfahren in Darmstadt politisch gewollt sein, muss

es auch genug Abstellmöglichkeiten geben. Diese sollten einfach zu handhaben und vielfältig zu nutzen sein. Wenn schon die Stelle des Radwegeplaners gestrichen wurde, kann der kompetente Fahrrad-Club ADFC weiterhelfen.

Rissige und löchrige Radwege sind Fahrradfahrers Qual, Stellen mit beängstigenden Abbiegesituationen, wie zum Beispiel an der Ecke Rheinstrasse auch Neckarstrasse (siehe Foto). Plötzlich wieder endende, zu kurze Radwegabschnitte wie in der Pallaswiesen- und der Heinrichstrasse sind weitere Probleme, die hier nur angerissen werden können. Ein besonderes Ärgernis ist die neue Ampelanlage vor der Post am Hauptbahnhof. Wer noch zum Zug will, wird zur Missachtung gezwungen.

Weitere Hinweise

nehmen wir gern auf. Unsere Stadtverordnetenfraktion wird sich in der parlamentarischen Sommerpause dieser Themen annehmen.



Hartz IV

Keine Bagatellgrenze bei Fahrtkosten

SIGGIE OETTMEIER / DIE LINKE

Fraktionsmitglied DIE LINKE Darmstadt

Das Bundessozialgericht in Kassel hat am 6. Dezember 2007 folgendes Urteil bezüglich der angeblichen Bagatellgrenze bei Fahrtkosten zur ARGE gefällt : (Az. B 14/7b AS 50/06 R).

Nehmen Hartz IV-Empfänger einen Pflichttermin bei Behörden wahr, haben sie ein Recht auf die Erstattung auch geringer Fahrtkosten, so das Bundessozialgericht. Geklagt hatte ein Empfänger von Arbeitslosengeld II, der einen Pflichttermin bei einer Behörde hatte und dabei auf den Bus angewiesen war. Die Kosten von 3,52 Euro wollte die ARGE nicht übernehmen.

Begründung: Eine Erstattung der Fahrtkosten sei zwar möglich, aber keine Pflicht. Außerdem sei im sogenannten Regelsatz das Geld für Fahrten zum Amt bereits enthalten, und es gebe ohnehin eine Bagatellgrenze von 6,00 Euro.

Die Kasseler Richter entschieden,

dass die Fahrtkosten, seien sie noch so gering, erstattet werden müssen. So genannte Bagatellgrenzen seien angesichts der beschränkten finanziellen Mittel von Hartz IV-Empfängern nicht angemessen. Auf eine Anfrage unserer Fraktion, bestätigte der Darmstädter Sozialdezernent Jochen Partsch (Grüne), dass die hiesige ARGE dieses Urteil „seit Mitte Dezember 2007“ umsetze.

Die tatsächliche Verwaltungspraxis der ARGE Darmstadt zum Thema Fahrtkosten sieht jedoch anders aus. Kaum ein Betroffener ist über die Möglichkeit der Fahrtkostenerstattung informiert - auch viele Sachbearbeiter nicht - so dass weder die Einladungen zum ARGE-Termin noch die Beratungsgespräche einen Ton darüber verlieren. Wir sind aber der Meinung, dass die Fahrtkostenerstattung direkt auf der Einladung der ARGE vermerkt gehört und am Ende eines Gesprächs der je-

weilige Sachbearbeiter darauf hinzuweisen hat.

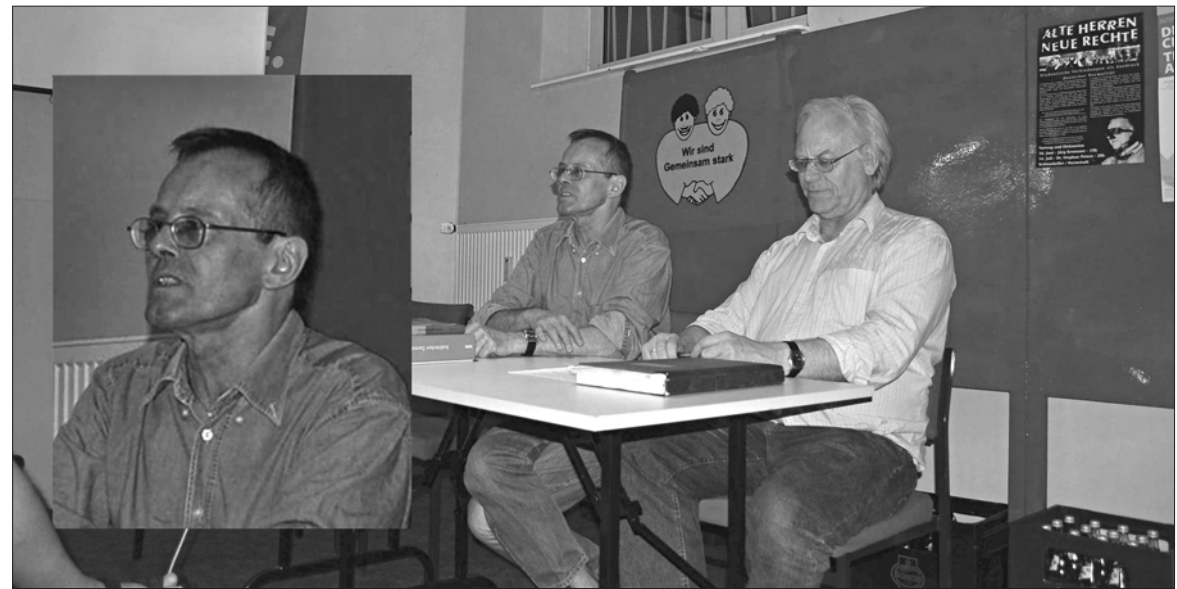
Die GALIDA (Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt) hat einen formlosen Antrag entwickelt, den Betroffene, im Falle der Wahrnehmung von Pflichtterminen bei der ARGE, ihrem jeweiligen Sachbearbeiter vorlegen können.

Dieser Antrag

ist unter www.linksfraktion-darmstadt.de oder in unserem Fraktionsbüro (LinksTreff Georg Fröba, Landgraf-Philipps-Anlage 32) zu erhalten (Bürozeiten sind Montags von 13 bis 19 Uhr oder Mittwochs von 17 bis 19 Uhr).

Weh der Lüge!

Einladung der Stadtverordnetenfraktion Die Linke Darmstadt



Auf Einladung der Stadtverordnetenfraktion Die Linke Darmstadt las Fred Kautz am 30. Mai im LinksTreff Georg Fröba aus seinem neuen Buch „Weh der Lüge! Sie befreit nicht ...“

Im gut gefüllten LinksTreff zeigte der Autor am Beispiel Darmstadts auf, dass es für die politischen und kulturellen Eliten keine „Stunde Null“ gegeben

hat, dass sich Teile des braunen Erbes bis in die Jetztzeit retten konnte.

Im Bild: links der Autor Fred Kautz, rechts Werner Krone, Fraktionsmitarbeiter

Das Buch ist für 16,- Euro im Links Treff Georg Fröba zu erwerben.



Arheilger Mühlchen und Bessunger Hallenbad

Darmstadts schöne Bäderwelt

KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE

Stadtverordneter DIE LINKE Darmstadt



Darmstadt ist mit Frei- und Hallenbädern auf den ersten Blick eigentlich gut versorgt. Zudem kam mit dem Umbau des Zentralbades zum Jugendstilbad ein sicher nicht unattraktives Angebot hinzu. Wenn man auch sagen muss, dass dieses Bad sich nicht jeder leisten kann.

Darmstadt ist bis zum heutigen Zeitpunkt von Bäderschließungen wie z. B. in Offenbach und Kassel verschont geblieben. Ob dies in naher Zukunft auch so sein wird, ist nicht abzusehen.

Mit dem Arheilger Mühlchen und dem Bessunger Hallenbad hat die Stadt jetzt schon zwei Fälle, deren Zukunft ungewiss ist.

Hat das Mühlchen wieder Atemnot ?

Das Arheilger Mühlchen hatte in den letzten Jahren immer wieder Probleme mit der Wasserqualität. Frisches Wasser fließt in den heißen Sommermonaten praktisch nicht hinzu. Das Ergebnis ist eine so schlechte Wasserqualität, dass es in der Vergangenheit mehrfach zur Schließung des Bades kam.

Auch die Meldung des Darmstädter Echos vom Mai dieses Jahres: „Das Wasser des Mühlchens ist so klar wie seit Jahren nicht mehr“, trifft nicht den Kern des Problems. Bei einer Hitzeperiode im Laufe des Sommers wird man dort wieder sehr schnell mit einer Algenplage zu kämpfen haben. Dann wird das beliebte

Fortsetzung Seite 4



Nord Ost-Legenden

Manche Versprechungen im Zusammenhang mit der NordOst-„Umgehung“ werden eher Versprecher sein

WERNER KRONE/DKP

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Legende 1:

Die Innenstadt wird entlastet

Unser Stadtbaurat Wenzel sagt: „Die Entlastung der Innenstadt von Durchgangsverkehr steht bevor.“ Aus Modellrechnungen abgeleitete Prognosen sehen zwar erhebliche Entlastungen voraus, jedoch nur für den Straßenzug Fiedlerweg-Spessarttring-Rhönring:

Legende 2:

Die Innenstadt wird menschenfreundlicher:

Im Internet lässt die Stadt verlautbaren:

„Flankierende Maßnahmen in der Innenstadt.

Der Bau der Nordostumgehung bewirkt Rückgänge der Verkehrsbelastung vor allem im Straßenzug Rhönring/ Spessarttring sowie Entlastungen im weiteren innerstädtischen Straßennetz (siehe Verkehrsprognosen). Damit ist die Chance verbunden, die betroffenen Straßenträume so zu gestalten, dass sie ihrer künftigen funktionalen Bedeutung einschließlich der aus den anliegenden Nutzungen resultierenden Anforderungen gerecht werden.“

Das Wortgeklingel lässt fast an Fußgängerzonen denken. Die Wahrheit ist: Der einzige Rückbau wird die Wegnahme einer Spur am Schlossgraben bleiben. Und das hat eher mit dem architektonischen Denkmal dort zu tun.

Legende 3:

Die B 26 wird auf die NordOst-„Umgehung“ verlegt

Das Baudezernat behauptet: „Im Einvernehmen mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen Darmstadt ist vorgesehen, die heutigen Bundes- und Landesstraßen im Stadtkern überwiegend zu Stadtstraßen umzuwidmen und die Nordostumgehung als neue B 26 auszuweisen. Damit erhält die Stadt Darmstadt auch mehr Freiheiten zur Gestaltung der Hauptverkehrsstraßen im Stadtkern.“

Dies ist mit Fertigstellung der NOU aber noch gar nicht vorgesehen. Die NOU ist in den Plänen nur als Verbindung von der B 42 zur B 26 bezeichnet.

Legende 4:

Die NordOst-„Umgehung“ ist für die Planer das Ziel ihrer Wünsche

Ist sie nicht. Sie werden dann durchstarten mit der „Westumgehung“. Die Argumente werden sein: Die Weststadt brauche das, es sei eine Forderung der Wirtschaft, ohne die Westumgehung sei keine Entlastung der Waldkolonie möglich und so weiter. Die „Westumgehung“ soll sich in den Wald fräsen, der ohnehin fast vertrocknet ist.

Und: Diese Straße ist von der Stadt zu finanzieren. Es gibt höchstens Zuschüsse.

Legende 5:

Die NordOst-„Umgehung“ hält den Durchgangsverkehr aus der Stadt

Im Verkehrsentwicklungsplan der Stadt steht jedoch: „Gemessen am gesamten Kfz-Verkehr entfallen in Darmstadt ca. zwei Drittel aller Kfz-Fahrten auf den Zielverkehr nach und den Quellverkehr aus der Stadt.“

Ein Großteil des Kfz-Verkehrs wird von Pendlern verursacht, für die das Oberzentrum Darmstadt wichtiger Arbeitsplatz-, Ausbildungs- und Versorgungsstandort ist... Ein Viertel aller Kfz-Fahrten werden innerhalb der Stadt unternommen (Binnenverkehr).

Lediglich 8 % Prozent der Kfz-Fahrten treten als Durchgangsverkehr auf, wobei der Schwerlastverkehrsanteil hier besonders hoch ist und sich dieser Verkehr auf wenige Straßen (z.B. Landgraf-Georg-Straße, Cityring, Bleichstraße, Rheinstraße) konzentriert.“

Da die meisten Autofahrer in die Stadt selbst wollen, erklärt das auch, warum die in die Stadt führenden Straßen nicht entlastet werden (es sei denn durch andere Verkehrsmittelwahl).

Legende 6:

Die NordOst-„Umgehung“ erlaubt Lkw-Sperren

Die Stadt verlautbart: „Die Nordostumgehung ermöglicht verkehrlenkende Maßnahmen zur Verlagerung von Schwerverkehrsanteilen aus der City.“

Die Beobachtung am Cityring zeigt jedoch, dass anscheinend noch genug Lkw aus der Region und in diese hinein wollen. Und wer kontrolliert die Programmierung von Navigationsgeräten und Routenplanern? Vor allem nachts wird nach wie vor der Weg durch die Stadt gewählt, weil er meistens kürzer ist.

Warum aber wurde ein Stadtverordneten-Antrag abgelehnt, die Stadt möge sich um die Aufnahme der B 26 in die Mautstrecken bemühen? (Für die B 9 auf der anderen Rheinseite ging es doch!)

Legende 7:

Die NordOst-„Umgehung“ verhindert den Verkehrskollaps

Das wurde schon in den Siebziger Jahren behauptet, falls die „Osttangente“ nicht gebaut würde. Nun ist sogar auch die Heinheimer Straße quer durch das Martinsviertel beruhigt und es ist nichts passiert.

Fortsetzung Seite 3

Bad wieder geschlossen werden müssen und die Arheilger können ihren Natursee vom Ufer begucken.

In der Vergangenheit wurden Chemikalien eingestreut, um die Algenplage einzudämmen. Dies ist aber nur ein Mittel, wenn es schon passiert ist. An der eigentlichen Ursache ändert man aber dadurch nichts. Eine Brunnenbohrung zur sicheren Versorgung mit Frischwasser auch in den heißen Sommermonaten wäre sicher möglich. Dies wurde aber aus Kostengründen schon mehrfach abgelehnt. Auch so kann man ein beliebtes Bad sterben lassen und auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger Kosten einsparen

Müssen Bäder schließen?

Wie der Magistrat vor kurzem feststellte, gibt es für alle Bäder einen erheblichen Sanierungsbedarf, der sich in Millionenhöhe bewegt. Ähnlich wie in der Schulbausanierung, muss man auch hier zu dem Ergebnis kommen: Wer jahrzehntelang nichts tut, wird irgendwann von den Kosten aufgeessen.

Als ersten Sanierungsfall hat man sich nun das Bessunger Bad ausgesucht. Im Zuge der dortigen Asbestsanierung der Bessunger Schule soll auch das Hallenbad saniert werden. Die Hauptsanierungsfelder sind Chlorgasanlage, Brandschutz, Entlüftung und der Elektronikbereich. Laut Bürgermeister Glenz müsste auch in Sachen Wärmedämmung etwas getan werden. All diese Aufgaben sollen nun in der Sommerpause erledigt werden, so dass das Bad im Herbst wieder zur Verfügung steht. Aus unserer Sicht ist das ein frommer Wunsch. Sollte das Bad nicht wie geplant im Herbst wieder eröffnet werden, käme es in Darmstadt zu einem dramatischen Engpass. Schulklassen müssten quer durch die Stadt reisen oder den Schwimmunterricht komplett absagen. Durch den Wegfall des alten Zentralbades ist auch kein Warmbadetag mehr möglich, der hauptsächlich bei älteren Menschen beliebt ist. Das Nordbad ist dazu keine Alternative, da dieses keinen Warmbadetag anbietet.

Sanierungsfall

Wenn man nun bedenkt, dass der Sanierungsfall Nordbad finanziell höher sein wird (laut Kämmerer Glenz ca. 9 Millionen Euro), als im Falle des Bessunger Bades (ca. 3 Millionen), und der gesamte Sanierungsbedarf der Darmstädter Bäder laut einer Studie sogar 22 Millionen Euro beträgt, sind Befürchtungen von Bäderschließungen auch in Darmstadt wohl berechtigt.

Zitat aus der Frankfurter Rundschau vom 02.06.2008:

„Sorge bereiten dem OB wie auch Bürgermeister Glenz, dass der Haushalt der Stadt trotz der guten Konjunktur defizitär ist. Daher sei zum Beispiel eine Neuordnung der Bäder notwendig, sagte Hoffmann. Wenn die Kosten nur zu 13 Prozent durch Einnahmen gedeckt würden, kann das so nicht bleiben.“ Das bedeute aber nicht dass das Bessunger Bad geschlossen werde.“



An einem Werktag 11: 00 Uhr: Rhönring Höhe Mollerstraße.(Kein gestelltes Bild)

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

Einladungen zu Treffen

per Post per Mail

Name, Vorname

ggf. Adresszusatz

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

DARMSTADT
Links

DIE LINKE, DARMSTADT
STADVERORDNETENFRAKTION
Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT

IMPRESSUM

DARMSTADT
Links

Die Darmstadt Links erscheint
in vier Ausgaben im Jahr.
Auflage 15 000 Exemplare
LAYOUT & GESTALTUNG
Hans Ulrich Vergin

DIE LINKE, DARMSTADT
STADVERORDNETENFRAKTION

Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT

BÜROZEITEN

Mo. 15⁰⁰ - 20⁰⁰ Uhr
Mi. 16⁰⁰ - 19⁰⁰ Uhr

TEL : 0 61 51 / 66 90 310
FAX : 0 61 51 / 66 90 533